Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (1. Ausschuß) zu dem Antrag der Fraktionen CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. – Drucksache 13/1535 –

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“

A. Problem

Die Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, die der Deutsche Bundestag in der 12. Wahlperiode eingesetzt hatte, hat grundlegende Beiträge zur politischen, historischen und moralischen Bewertung der kommunistischen Herrschaft auf deutschem Boden geleistet. Sie hat indes nicht alle Probleme der Geschichte, Folgen und aktuelle Nachwirkungen der SED-Diktatur aufarbeiten können. Die Fraktionen des Deutschen Bundestages sehen es daher als notwendig an, die Arbeit der Enquete-Kommission mit neuen Schwerpunktsetzungen fortzuführen.

B. Lösung

Verabschiedung des Antrages auf Drucksache 13/1535.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Nachdem die Fraktion der SPD erklärt hat, sie sehe ihren Antrag auf Drucksache 13/1537 als erledigt an, ist über diesen alternativen Antrag im Ausschuß nicht abgestimmt worden.

D. Kosten

Entschädigungen nach den einschlägigen Regelungen.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 13/1535 anzunehmen.

Bonn, den 22. Juni 1995

Der Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung

Dieter Wiefelspütz

Vorsitzender und Berichterstatter

Bericht des Abgeordneten Dieter Wiefelspütz

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 41. Sitzung am 1. Juni 1995 sowohl den Antrag der Fraktionen CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. zur Einsetzung einer Enquete-Kommission mit dem Arbeitsauftrag „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ auf Drucksache 13/1535 als auch den Antrag der Fraktion der SPD auf Einsetzung einer Enquete-Kommission zur „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur und der unterschiedlichen Entwicklung in Ost- und Westdeutschland im Prozeß der deutschen Einheit“ auf Drucksache 13/1537 dem Ausschuß für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung (1. Ausschuß) überwiesen.

Die antragstellenden Fraktionen haben sich zwischenzeitlich auch in interfraktionellen Gesprächen mit den überwiesenen Anträgen befaßt.

Der 1. Ausschuß hat in seiner 14. Sitzung in Geschäftsordnungsangelegenheiten am 22. Juni 1995 mit Mehrheit beschlossen, dem Deutschen Bundestag die Annahme des Antrages auf Einsetzung einer Enquete-Kommission „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit“ auf Drucksache 13/1535 zu empfehlen.

Die Gruppe der PDS hat beantragt, die Mitgliedergröße der Enquete-Kommission so zu bemessen, z.B. mit 17 Mitgliedern, daß die Gruppe der PDS ein stimmberechtigtes Mitglied und einen Sachverständigen benennen kann. Dieser Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt worden.

Die Fraktion der SPD hat in den Beratungen des 1. Ausschusses mitgeteilt, daß sie ihren Antrag auf Drucksache 13/1537 für erledigt ansehe. Sie befürworte nachdrücklich die Einsetzung einer Enquete-Kommission, habe aber andere Vorstellungen zum Arbeitsauftrag. Zwei Enquete-Kommissionen zum gleichen Themenbereich seien jedoch zu vermeiden. Eine Beschlußfassung des 1. Ausschusses zu diesem Antrag hat deshalb nicht stattgefunden.